

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ortsrates für den
Bereich der Kernstadt Aurich

Sitzungstermin: Dienstag, den 27.08.2019

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 21:29 Uhr

Ort: Ratssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Ortsbürgermeister

Herr Sebastian Schulze

stv. Ortsbürgermeister

Herr Richard Rokicki

stv. Ortsbürgermeisterin

Frau Gabriele Schapp ab 19.50 Uhr (TOP 9)

Ordentliche Mitglieder

Frau Dita Bontjer

Herr Matthias Gentsch

Frau Ingeborg Hartmann-Seibt bis 20.02 Uhr (TOP 9)

Herr Homan Moradi

Frau Edine Schneider

Frau Blanka Seelgen

Beratende Mitglieder

Frau Sonja Jakob ab 20.03 Uhr (TOP 9)

von der Verwaltung

Frau Maren Wübbena Protokollführung

Entschuldigt fehlen:

Ordentliche Mitglieder

Frau Lenchen Holthuis

Herr Heiko Janssen

Herr Werner Kranz

Beratende Mitglieder

Frau Viola Czerwonka

Herr Dr. Hans-Hermann Meyerholz

Herr Wiard Siebels

Herr Bastian Wehmeyer

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ortsbürgermeister begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

Herr Gentsch merkt an, dass die Unterlagen bereits per Post zugestellt worden sind, als die E-Mail bei ihm eintraf.

TOP 3 Genehmigung der Protokolle (öffentlicher Teil) vom 09.05.2019, 06.06.2019, 17.06.2019 und 25.06.2019

Das Protokoll vom 09.05.2019 wird einstimmig genehmigt.

Das Protokoll vom 06.06.2019 wird mit einer Enthaltung genehmigt.

Das Protokoll vom 17.06.2019 wird mit zwei Enthaltungen genehmigt.

Das Protokoll der Wegebereisung vom 25.06.2019 wird mit drei Enthaltungen genehmigt. Frau Schneider merkt an, dass die Wegebereisung zu einer ungünstigen Zeit stattfand.

TOP 4 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schulze schlägt vor, TOP 20 aus dem nicht öffentlichen Teil in den öffentlichen Teil als neuer TOP 9 zu verlegen. Alle nachfolgenden Punkte verschieben sich entsprechend.

Die Änderung der Tagesordnung wird sodann einstimmig festgestellt.

Hinweis der Verwaltung:

Die Verschiebung eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunkts in den öffentlichen Teil der Sitzung ist entsprechend des Öffentlichkeitsgrundsatzes gemäß § 64 NKomVG nicht zulässig.

In diesem Fall hat dies jedoch keine Auswirkungen, da kein Beschluss gefasst wurde.

TOP 5 Feststellung Sitzverlust von Frau Ingeborg Hartmann-Seibt als ordentliches Mitglied

Herr Schulze verabschiedet Frau Hartmann-Seibt aus ihrem Amt und bedankt sich für ihr Engagement. Sie sei eine große Bereicherung für den Ortsrat Kernstadt gewesen. Herr Schulze überreicht ihr einen Blumenstrauß.

Der Sitzverlust von Frau Hartmann-Seibt wird gem. § 52 Abs. 2 NKomVG festgestellt.

TOP 6 Einführung und Verpflichtung von Frau Dita Bontjer als ordentliches Mitglied

Herr Schulze begrüßt Frau Bontjer und stellt sie dem Ortsrat noch einmal offiziell vor. Anschließend erfolgt die Pflichtenbelehrung nach § 60 NKomVG und es werden ihr die notwendigen Unterlagen ausgehändigt. Daraufhin wird Frau Bontjer als ordentliches Mitglied des Ortsrats Kernstadt verpflichtet. Als kleines Willkommensgeschenk erhält sie von Herrn Schulze eine Ausgabe des NKomVG. Es folgen Willkommensbekundungen.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner erkundigt sich nach dem Sachstand in der Entwässerung im Gebiet Enno-Hektor-Straße und der Fritz-Reuter-Straße. Das Wasser in den Gräben liefe nicht richtig ab und in die Gräben hätten kein ausreichendes Gefälle. Bei starken Regenfällen stünde die Straßen unter Wasser. Er hat eine Auflistung seiner bisherigen Maßnahmen mitgebracht. Herr Schulze erklärt sich bereit, sich bei Herrn Ubben (FD 15 – NRB Stadtentwässerung) direkt zu erkundigen.

Es wird um eine schriftliche Antwort gebeten.

TOP 8 Kenntnisgaben

Es liegen keine Kenntnisgaben vor.

TOP 9 Sachstand Verlagerung ALDI-Markt (Hammerkeweg)

Herr Schulze führt in das Thema und erklärt, dass die Einwohner um die Nahversorgung im Bereich Kernstadt besorgt seien. Er erklärt anschließend die Abwesenheit von Herrn Völker und verliest die von ihm erhaltende E-Mail, in der mitgeteilt wird, dass kein neuer Lebensmittelmarkt an dem Standort des bisherigen ALDI-Marktes entstehe. Anschließend erklärt er die beigefügte Karte. Sie stamme aus einem Einzelhandelskonzept von 2015. Eine farbige Version der Karte soll per E-Mail nachgereicht werden.

Herr Rokicki kritisiert, dass dies ein Widerspruch zur gewollten Innenstadtentwicklung sei, da die Anwohner für ihren Einkauf in andere Stadtteile müssten und somit auf Autos angewiesen seien. In der Innenstadt müsse es eine stärkere Nahversorgung geben. Planungen für das Bundeswehrgelände sowie Am Pferdemarkt würden bis zur Fertigstellung zu lange benötigten. Die Notsituation bestünde jetzt. Er fordert den Erhalt des ALDI-Marktes. Des Weiteren beklagt er die fehlende Beteiligung der Stadtverwaltung an der Sitzung. Eine Mitteilung des Sachstandes sowie mögliche Maßnahmen seitens der Verwaltung wären sehr nützlich gewesen.

Frau Seelgen wirft ein, dass die Stadt auf diese Entscheidung keinen Einfluss habe, da es sich um ein Privatunternehmen handle und dieses aus wirtschaftlichen Aspekten entscheide. Man müsse realistisch bleiben über den Einfluss eines Ortsrates.

Herr Schulze stimmt dem zu und verdeutlicht, dass man niemanden zwingen kann sich dort anzusiedeln. Er verweist auf die aktuelle Einkaufssituation im Innenstadtbereich u.a. auf den EDEKA-Markt im CARO. Aurich dürfe sich glücklich schätzen darüber, dass die Lebensmittelhändler so stark in der Stadt vertreten sind. Nachbarkommunen seien nicht so gut bestellt.

Frau Schapp erklärt, dass die Politik die Voraussetzungen setzen muss. Es müssten ggf. Bebauungspläne geändert werden, um neue Möglichkeiten zu schaffen. Sie bekräftigt nochmal, dass eine Vertröstung auf die Planung Am Pferdemarkt nicht ausreichend sei.

Herr Schulze wirft ein, dass die freien Flächen im Innenstadtbereich zu klein für Vollversorger wie ALDI wären. Es würden größere Flächen gewünscht, um später ggf. auch mal expandieren zu können. Zudem sei zu beachten, dass eine große Verkaufsfläche auch einen großen Parkplatz voraussetze.

Herr Schulze erklärt, dass ein Antrag an die Verwaltung gestellt werden solle, mit folgenden Themenpunkte:

1. Planung „Bundeswehrgelände“
2. Möglichkeit eines vorübergehenden Pächters für Hammerkeweg
3. Schnellstmögliche Umsetzung der Pläne „Am Pferdemarkt“

Herr Rokicki wünscht, dass bei einem möglichen Pächter um einen Nahversorger handeln solle. Herr Schulze erklärt sich bereit den Antrag umzuschreiben und ihn dann der Verwaltung vorzulegen.

TOP 10 Rückblick auf die Straßen- und Wegebereisung vom 25.06.2019

Herr Schulze berichtet über die stattgefundene Wegebereisung und bittet anschließend die Anwesenden um Bemerkungen.

Herr Rokicki beklagt sich über die scharfen Kanten und kaputten Bänke am Georgswall. Zudem seien in der Hafestraße die Reparaturen längst überfällig und man könne auch unter den Blumenkübel am Hafenbecken Unkraut jäten.

Herr Moradi erkundigt sich nach der Bürgerbeteiligung in Bezug auf das Hafenbecken. Herr Schulze teilt in diesem Zusammenhang mit, dass man sich bei dieser anmelden kann und dann auch Wünsche und Vorschläge einbringen könne. Des Weiteren teilt er mit, dass die Stadt den Architekten verklagen werde, da beim Bau des Hafenbeckens minderwertige Produkte verwendet worden seien und deshalb sich immer wieder Teile lösen.

TOP 10.1 Marktplatz

Frau Schneider beschwert sich über den Vogeldreck am Marktplatz vor allem auf dem Souturm. Der müsse dringend beseitigt werden.

TOP 10.2 Hoher Wall/Spielplatz

Herr Schulze teilt mit, dass nach Aussagen von Polizei und Anwohnern sich Jugendliche am späten Abend auf dem Spielplatz rumtreiben würden und diese die Anlage beschädigen und verschmutzen würden. Nach Meinung von Herrn Rokicki würde die mangelnde Beleuchtung dies verführerisch machen. Weitere Lampen seien wünschenswert. Daraufhin teilt Herr Schulze mit, dass das Beleuchtungskonzept die Anzahl der Lampen festlegt und eine weitere Beleuchtung nicht möglich sei aufgrund der klaren Vorgaben des Landkreises in Bezug auf die Umweltvorschriften. Das Beleuchtungskonzept läge bei Herr Günter Langhof vor. Die Ortsratsmitglieder sind sich einig, dass man jedoch die vorhandene Beleuchtung reparieren könne.

Frau Schapp regt an die Wallanlage noch attraktiver zu gestalten, indem man noch mehr Bänke aufstellen könnte. Man könne zudem Informationsschilder über die ostfriesischen Häuptlinge aufstellen. Frau Schneider pflichtet ihr bei der Vermarktung der Häuptlinge bei.

TOP 10.3 ZOB

Herr Schulze erklärt, dass am ZOB dringender Reinigungsbedarf besteht. Diese soll spätestens nach Beendigung der Bauarbeiten durchgeführt werden. Herr Gentsch wirft ein, dass das Material mit der Zeit spröde werde und deshalb anfälliger für Verschmutzungen sei. Frau Schneider gibt an, dass die Kosten für den Bauhof zu hoch würden und es deshalb zu Einsparungen käme. Das gleiche gelte für den Georgswall.

TOP 11 Informationen zum Siedlungsentwicklungskonzept von Wohngebieten im Bereich der Kernstadt

Herr Schulze berichtet von seinem Termin mit Frau Krantz. Das größte Gebiet zur Erweiterung von Siedlungen im Stadtgebiet sei auf dem Kasernengelände. Ansonsten bestehe größtenteils nur noch die Möglichkeit der Lückenbebauung. Herr Rokicki merkt an, dass diese freien Flächen zur Lückenbebauung meistens sich in privaten Besitz befänden. Größere Möglichkeiten sähe er im Abriss von alten Gebäuden auf Flächen der Stadt, um dann dort neuen Wohnraum zu schaffen.

Frau Schneider teilt mit, dass sie des Öfteren von Wohngruppen angesprochen werde, die sich zusammenschließen wollen, um in einem mehrstöckigen Gebäude mit Fahrstuhl zu leben. So wolle man weniger Fläche versiegeln. Leider stünden diesen Vorhaben die Geschossbegrenzungen entgegen. Herr Schulze pflichtet dem bei und erklärt, dass dieses ermöglicht werden solle.

TOP 12 Pflegekonzept Georgswall (Bericht durch die Verwaltung)

Frau Schneider teilt mit, dass beantragt wurde, dass Frau Brunken vor dem Ortsrat Kernstadt spricht und die Möglichkeiten in diesem Zusammenhang darlegt.

Herr Schulze schlägt vor die Beratung zu verschieben und den Themenpunkt dann allgemeiner auf die Grünflächen zu beziehen.

TOP 13 Sachstand Durchführung "Alternativer Weihnachtsmarkt"

Herr Schulze teilt mit, dass die Verwaltung einem alternativen Weihnachtsmarkt grünes Licht gegeben hat. Dieser soll dann am Schlossplatz stattfinden. Die Stadt werde Pavillons zur Verfügung stellen und diese auch aufbauen. Da der Betriebshof mit dem großen Weihnachtsmarkt ausgelastet ist, könne man der alternative Weihnachtsmarkt maximal drei Tage dauern, sodass man ihn als ein verlängertes Wochenende stattfinden lassen könnte. Der Ortsrat hat bei der Gestaltung freie Möglichkeiten. Die generierten Einnahmen aus dem Weihnachtsmarkt kämen dann einem sozialen Zweck zu gute. Es wird beabsichtigt Vereine und Verbände zu beteiligen. Die grobe Planung übernehme Frau Munzig sowie auch die Kontaktaufnahme zu den Vereinen und Verbänden. Herr Schulze schlägt als eine Möglichkeit einen Waffelverkauf vor. Er könne sich den Weihnachtsmarkt als ruhigere und günstigere Ergänzung zum großen Weihnachtsmarkt vorstellen.

Herr Rokicki teilt mit, dass er es schön fände, wenn der Weihnachtsmarkt unter einem bestimmten Motto stünde und man sich dementsprechend verkleiden würde. Daraufhin teilt Herr Schulze mit, dass keine Kostüme vom Museum entliehen werden können.

Die Ortsratsmitglieder einigen sich darauf, dass sich jeder Gedanken zu dem Thema für die nächste Ortsratssitzung macht, sodass man dann auch in der nächsten Sitzung Entscheidungen treffen kann. Eine Beteiligung von Frau Munzig an der Sitzung empfinde man als wünschenswert.

TOP 14 Berichte, Wünsche, Anregungen

Frau Schapp regt an, dass die Situation bei der Zufahrt zum Raiffeisen-Volksbank Parkplatz genauer betrachtet wird, da nun die Bauarbeiten abgeschlossen seien. Herr Schulze erklärt ihr, sie solle sich direkt an das Ordnungsamt wenden.

Des Weiteren wünscht Frau Schapp, dass der Sozialgerichtsparkplatz an Wochenenden der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden könnte sowie dass die Tiefgarage ihre Öffnungszeiten zum Abend hin verlängert. Sie sei von den Gastronomen mehrfach angesprochen worden. Herr Schulze teilt ihr mit, dass im Fall der Tiefgarage die Zuständigkeit bei dem Stadtrat liegt. Man könne jedoch einen entsprechenden Antrag stellen. Jedoch wurden die Öffnungszeiten der Tiefgarage bereits aufgrund der Öffnungszeitenverkürzung der Tiefgarage des CAROs verlängert.

Frau Schneider erkundigt sich nach einer Alternative für die Becher mit Cremes in der Sauna des Familien- und Wohlfühlbad „De Baalje“. Man könne eine umweltfreundliche und wiederverwendbare Möglichkeit gewählt werden. Momentan verwendete man Einwegplastikbecher. Herr Rokicki möchte dies in der nächsten Sitzung des Verwaltungsausschusses ansprechen.

Zudem spricht Frau Schneider das Thema Katzenkastration an. Rund 70 % der getöteten Vögel seien auf Wildkatzen zurückzuführen. Dies sollte beachtet werden.

Des Weiteren erkundigt sie sich, wie in der Fußgängerzone mit Touristen und der E-Mobilität in Form von E-Bikes und E-Rollern umgegangen werden soll. Frau Schapp führt in diesem Zusammenhang die Stadt Leer als Beispiel für den Umgang mit E-Rollern an.

Herr Gentsch äußert erneut den Wunsch, dass der Ortsrat Kernstadt zu den Ausschusssitzungen, die Themen des Bereich Kernstadt behandeln, eingeladen wird.

TOP 15 Anfragen an die Verwaltung

Herr Moradi berichtet von den fehlenden Notausgängen in dem Lokal „Don A Roma“ an der Emden Straße beim Kino. Er habe in der Verwaltung vorgesprochen. Das Bauamt hatte den Fall noch nicht bearbeitet. Laut eingereichten Plan sollen jedoch mehrere Notausgänge vorhanden sein. Bei einem Besuch habe Herr Moradi jedoch festgestellt, dass es sich dabei um Fensterfronten handelt. Er bittet um eine Mitteilung über den Sachstand von der Verwaltung.

TOP 16 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 17 Schließung des öffentlichen Teils der Sitzung

Herr Schulze verabschiedet sich von der Öffentlichkeit und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 21.03 Uhr.

Die Ratsherren Meyerholz und Siebolds protestieren dagegen, dass sie die Sitzung verlassen müssen. Sie sind der Meinung, dass sie als Ratsherren des Stadtrates auch an den Sitzungen der Ortsräte teilnehmen dürften. Herr Schulze verweist auf die Vorschriften des NKomVG. Bei Fragen diesbezüglich sollten sie sich an Herrn Keller wenden.

Hinweis der Verwaltung:

An nichtöffentlichen Sitzungen nach § 64 Abs. 1 NKomVG dürfen lediglich die Mitglieder der Vertretung und diejenigen Personen teilnehmen, die sich auf besondere Anwesenheitsrechte stützen können oder zur Anwesenheit verpflichtet sind. Nach § 91 Abs. 5 S. 1 NKomVG gilt dies entsprechend auch für Ortsräte. Somit dürfen nur die Mitglieder des jeweiligen Orsrates sowie Angehörige der Verwaltung an den nichtöffentlichen Sitzungen der Ortsräte teilnehmen.